

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Besitzer und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzelnen: die Kleinsteile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Kleinen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 24. Juni 1897.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe, Invalidentend. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann, Eberhard B. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neubauer, A. Steiner, William Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Aus dem Reiche.

Der Kaiser begab sich, wie aus Belgien telegraphisch, gestern Vormittag um 10 Uhr mit vier Herren nach der Dine, besichtigte die dortigen Bühnenanlagen und kehrte um 1 Uhr an Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ zurück. — Der Erbgroßherzog von Oldenburg ist gestern Abend mit der Dampfschiff „Lentini“ aus England in Belgien angekommen. Das Wetter ist herrlich, der Wind flau. — Die Kaiserin Friedrich begibt sich morgen Abend gleichzeitig mit der Königin Viktoria nach Windsor, von wo sie am nächsten Montag nach London zurückkehren wird. — Prinz Heinrich geht heute anlässlich des Empfangs der auswärtigen Admiralität durch die Königin nach Windsor zum Frühstück. — Gestern Mittag trafen die Erbgroßherzogin Wittve von Sachsen-Weimar und Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar und Abends 9 Uhr auch der Großherzog und der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar in Schwerin i. Meckl. ein, um dem Herzog Johann Albrecht einen Besuch abzustatten. — Wie nachträglich durch süddeutsche Blätter bekannt wird, empfangt der Großherzog von Baden am vorigen Donnerstag auf Schloss Baden den Staatsminister Frhr. v. Marschall, welcher mit seiner Gemahlin und ihrem Vater, dem Oberkammerherrn Frhr. v. Gemmingen an der Frühstückstafel theilnahm. — Der „Reichs-Anz.“ meldet antich, daß dem Generaladjutant des Reichs in London, Wirklichen Geheimen Legations-Rath Jordan, unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimen Rath mit d. m. Prädikat „Exzellenz“, die nachgeforderte Beförderung in den Ruhestand am 1. Juli d. J. abgetheilt ist. — Der Generalleutnant a. D. Karl Uderitz bezieht heute seinen 80. Geburtstag. — Wie die „Westf. Ztg.“ hört, hat der Kaiser Herrn Pastor v. Bodelschwing 5000 Mark zum Besten der Antarktis spendet und Herrn Dr. Fischermeister-Bethel zum Sanitätsrath ernannt. Ferner wird der „N. Westf. Ztg.“ noch mitgeteilt: Die Kaiserin hat von Bühl aus die hiesigen Freunden und Mitglieder des kirchlichen Hilfsvereins ihr überreichte 12 500 Mark nebst einem sehr gnädigen Schreiben Herrn Pastor v. Bodelschwing mit der Bestimmung überhandt, daß diese Summe kapitalistisch, die Zinsen aber zum Besten der Antarktis verwendet werden sollen. Wie wir hören, gedenkt Herr v. Bodelschwing die Zinsen zur Unterstützung Unzufriedener nachziehender Antarktis, die mit der Antarktis Bethel in Verbindung stehen, zu verwenden. — Die Jahresversammlung des brandenburgischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung beschloß, ihre diesjährige große Jahresgabe der Gemeinde Königszeit in Schlesien zuzuwenden. — Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Sommerberg unterlagen wiederum die Sozialisten. — Unter dem Vorhitz des Oberpräsidenten v. Bennigsen nimmt eine Moorflutkommission Untersuchungen im Bromberger Bezirk zwecks Einführung von Neuerungen vor.

### Deutschland.

Berlin, 24. Juni. Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Böcker hat an die Vorstände der Berufsvereinigungen und Berufsvereinigungen, Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten und Arbeiterversicherungsgerichte unter dem 18. d. M. folgende Abschiedsworte gerichtet: „Se. Majestät der Kaiser haben mich beehrt, meinem Antrage auf Enthebung von dem Amte des Präsidenten des Reichs-Verwaltungsamts in Gnadens stattzugeben. Ich werde dieses Amt zum 1. Juli d. J. niederlegen und damit aus einer Tätigkeit scheiden, der ich durch dreizehn Jahre meine Kräfte gern gewidmet habe. Es drängt mich, den Vorständen der Berufsvereinigungen und der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, den Schiedsgerichten und allen anderen Organen der Arbeiterversicherung, mit denen das Reichs-Verwaltungsamt in Verbindung steht, meinen herzlichsten Dank für das Vertrauen und die Unterstützung auszusprechen, welche das Reichs-Verwaltungsamt bei ihnen stets gefunden hat. Auch den Ärzten, welche auf diesem neuen sozialpolitischen Gebiete mit Rath und That die gute Sache gefördert haben, kann ich nicht umhin, bei diesem Anlaß gelegentlich Dank zu sagen. Nur das eindringliche Zusammenwirken aller hat es im Verein mit der verständnisvollen Eingabe der Staats- und Kommunalbehörden ermöglicht, die Hoffnungen, welche bei der Einführung und immer weiteren Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetze gehegt wurden, nicht zu Schanden werden zu lassen. Sicherlich wird auch ferner der gleiche Geist alle Theilnehmer beleben und die verschiedenen Arbeiter, deren Vertreter an den verschiedenen Stellen und nicht zum wenigsten im Reichsversicherungsamt zur Lösung der großen Aufgabe redlich beigetragen haben, immer mehr davon überzeugen, daß unter dem Schutze von Kaiser und Reich zu ihren Gunsten geschieht, was irgend möglich ist, um ihre Lage zu verbessern und zu heben.“

Im orleanistischen „Soleil“ werden die Aeußerungen erörtert, welche der „Times“-Korrespondent Blois dem deutschen Kaiser über sein Verhältnis zu Frankreich in den Mund legt: „Ich weiß nicht, warum die Franzosen mir gram sind; nicht ich habe die heutigen Zustände geschaffen, sie sind ein Erbe, dessen Annahme man mir zum Vorwurf macht. Ich habe nie irgend etwas gethan, um die Lage zu verschlimmern. Dessen ungeachtet großen mir die Franzosen, als ob ich der Urheber aller ihrer Leiden wäre, und bereiten meine Austritte, die Lage zu verschlimmern.“ „Wenn Wilhelm II. wirklich so gesprochen hat“, liest man im Hauptblatt des Präsidenten, „so irrt er sich. Die Franzosen sind ihm nicht gram. Die Denkenden unter ihnen erkennen gern die gegebenen Eigenschaften des deutschen Kaisers an, welcher inmitten der allgemeinen Gleichgültigkeit der Charaktere eine ernste Herrscherstellung ist. Die Franzosen wandeln die stete Rückforderung der ihnen entzogenen Landesgebiete nicht in einen persönlichen Haß gegen den Kaiser um. Wilhelm II. erklärt, er habe den jetzigen Zustand nicht geschaffen, sondern als Erbe übernommen. Jedes Erbe hat eben seine Lasten. Der Ruhm und die Eroberungen seines Groß-

vaters und der Siege von 1870 sind auf ihn übergegangen; aber er möchte mit den Protesten der Besiegten verschont bleiben. Das ist nicht möglich; er, der eine klare Auffassung von der Rolle der Herrscher und Dynastien hat, muß begreifen, daß das Herrscherhaus und der Herrscher identisch sind mit ihrer Nation. Zwischen Frankreich und Deutschland herrscht Zwangsverhältnisse über einen wichtigen Punkt. Das Oberhaupt des deutschen Reiches leidet darunter, und das ist logisch. Der ehemalige französische Kaiser, der König ist tot, es lebe der König! drückt zutreffend die Idee aus, daß die Person des Königs nichts, das Königtum aber alles ist. Unsere Ansicht über Wilhelm II. kommt hier nicht in Betracht; nur darauf kommt es an, daß ein Hohenzoller ein Land heisst, das wir für Frankreich halten, und diesen Hohenzollern, wer er auch sein möge, können wir nicht lieben.“

Selbstverständlich hat der Kaiser das nicht gesagt, was der berüchtigte Blois ihn in den Mund legt. Wir alle in Deutschland hören uns die Proteste Frankreichs mit größter Seelenruhe an. Wir haben das uns gerühmte deutsche Land endlich wiedergewonnen und werden es zu behaupten wissen. Möchten die Franzosen doch endlich aufhören, am hellen Tage davon zu träumen, daß wir über diese eltsch-lotringsche Frage jemals anderen Sinnes werden könnten.

Nachdem auch die Marinetafel des Kaisers über die englische Kriegsflotte des Reiches zugegangen ist, hat der Kaiser fast sämtliche bedeutenderen Flotten der Welt in kartesischen Tabellen vor Augen, von denen die vergleichenden Tabellen vor allem ein erhöhtes Interesse beanspruchen. Wir finden nunmehr dargestellt: 1. Deutschlands Neubauten in und seit dem Jahre 1893 bewilligt; 2. Frankreichs Neubauten seit dem Jahre 1893 bewilligt; 3. Deutschlands Neubauten im Jahre 1893 bewilligt; 4. Frankreichs Neubauten im Jahre 1893 bewilligt; 5. Japanische Neubauten seit 1893; 6. Russlands Neubauten (Höhe) im Jahre 1893 und seitdem bewilligt und im Jahr; 7. Vergleichende Tabelle der Neubauten Frankreichs, Russlands (Höhe), Amerikas, Japans und Deutschlands in und seit 1893 bis 1897; 8. Vergleichende Tabelle der Gesamtzahlen der Gefechts-einheiten der Flotten Frankreichs, Russlands (Höhe), Amerikas, Japans und Deutschlands; 9. Vergleichende Marinetafeln, welche die Flottenverhältnisse des deutschen Reichs von 1886 und 1896 veranschaulichen und 10. Englands Schlacht- und Kreuzerflotte. Die ersten fertiggestellten Kartensätze sind von dem Kaiser bereits am 1. Dezember 1893, die neueren vom 7. Januar 1897, vom 7. Februar 1897, vom März und vom Mai 1897 gezeichnet. Weniger eingehend behandelt hat der Kaiser bisher noch die Flottenverhältnisse Österreich-Ungarns und Italiens, sowie die bewilligten Neubauten dieser Staaten während der letzten Jahre. Die älteren Marinetafeln sind, revidiert und nachgetragen vom Februar 1897. Auch die neuesten werden in dieser Weise vervollständigt werden müssen, da in ihnen noch nicht die bewilligten Neubauten des Etatsjahres 1897—98 berücksichtigt worden sind.

Die reichsgesetzliche Regelung des Hypothekendarlehens, die in früheren Jahren wiederholt versucht worden ist, ohne daß es zur Verabschiedung der dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe gekommen wäre, ist jetzt von neuem in Angriff genommen worden. Da der Gegenstand zum Teil in das Gebiet des Privatrechts hinübergreift, so mußte die Entscheidung bis zum Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs vertagt werden. Vom Reichs-Justizamt ist, wie die „Nordf. Ztg.“ berichtet, zunächst eine Anzahl von Sachverständigen berufen worden, um sich über eine Reihe wichtiger, mit der Technik des Hypothekendarlehens zusammenhängender Fragen, die in dem aufzustellenden Gesetzentwurf entschieden werden müssen, gutachtlich zu äußern. Die Beratungen werden morgen beginnen und mehrere Tage in Anspruch nehmen.

In der gestrigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Denkschrift wegen der Arbeiterwohnungen beraten. Der Referent hob hervor, daß es nicht möglich gewesen sei, das Ideal der Arbeiterwohnungen, das Einzelhaus, zu erreichen, glaubte aber nicht, der Regierung empfehlen zu können, mit einer geringeren Verzinsung sich zu begnügen. Er beantragte, die Denkschrift durch stimmungsbildende für erledigt zu erklären. Der Vortrager der Staatsregierung gab zu, daß man nicht dazu gelangt sei, Einzelhäuser zu beschaffen, jedoch seien einfache Häuser errichtet worden, in denen zwei Familien Wohnungen hätten. Von einer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es richtiger sei, Genossenschaften zur Errichtung von Arbeiterhäusern zu begünstigen, als daß der Staat selbst baue. Genossenschaften würden besser im Stande sein, billiger und mehr dem Geschmack des Einzelnen entsprechend zu bauen, als der Staat. Von nationalliberaler Seite wurde darauf verwiesen, daß Genossenschaften im ganzen Staat zu bauen. Wo durch Veranlassungen des Staates Wohnungsbedarf entsteht, sei, da bei derselben Verpfändung, ohne Rücksicht auf die Verzinsung das Bedürfnis zu befriedigen. — Die Kommission beschloß, dem Antrag des Referenten gemäß die Denkschrift durch stimmungsbildende für erledigt zu erklären. — Sodann wurde der Antrag Euler betreffend Fachtischwischen verhandelt. Zu der Verhandlung war der Antragsteller hinzugezogen. Er machte darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, den Unterricht auch durch Handwerksmeister erhalten zu lassen, um die einzelnen Schulen verschiedene Abteilungen für die einzelnen Zweige einzurichten und den Meistern entsprechende Vergütung zu gewähren. Der Regierungskommissar erklärte, daß die Regierung schon jetzt diesen Wünschen entgegenkomme. Es wurde beschlossen, dem Antrag vorzulegen, den Antrag der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

In einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petition war behauptet worden, es sei auf Veranlassung des Finanzministers bei der Ergänzungsteuerveranlagung des ländlichen Grundbesitzes der Kaufwerth anstatt des Ertragswerthes zu Grunde gelegt. In einer Kommissionsverhandlung ist regierungsfällig diese Behauptung widerlegt worden. Die zum Ergänzungsteuergesetz erlassenen Ausführungsanweisungen und

Technische Anleitung beweisen, daß der Finanzminister derartige Anordnungen nicht getroffen, vielmehr dem Ertragswerth die ihm zutreffende Bedeutung beigelegt hat. Um ihm diese bei der Veranlagung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes zu sichern, sind jedoch in großem Umfange in allen Provinzen Nachträge von Staatsdomänen und anderen Gütern gesammelt. Dabei hat sich herausgestellt, daß für 3011 Pachtungen mit einer Fläche von 713 096 ha — rund 130 Quadratmeilen die aufgestellten allgemeinen Schätzungsmerkmale einen gemeinen Werth von insgesamt 765 276 000 Mk. ergeben, dem ein tatsächlicher Pachtvertrag von 28 894 000 Mk. jährlich gegenübersteht. Der gemeine Werth würde sich hiernach an dem Pachtvertrage zu 3,8 Prozent vermindern. Daraus folgt, daß die allgemeinen Schätzungsmerkmale den gemeinen Werth in mäßiger Höhe innerhalb des Ertragswerthes begreifen, und weiter kann angenommen werden, daß in den nach dem von den Veranlagungsorganen ermittelten gemeinen Werthen nicht die Kaufpreise als allein maßgebend zur Geltung gebracht sind. Wenn der veranlagte gemeine Werth des ländlichen Grundbesitzes nur etwa das 26fache des Pachtvertrages erreicht, so wird man bei dem Stande des Zinsfußes gewiß nicht behaupten können, daß die Schätzungen zu hoch seien. Uebrigens ist ja der Finanzminister gar nicht in der Lage, den Veranlagungsorganen bindend vorzuschreiben, wie sie den gemeinen Werth zu schätzen haben; was in Auslegung des Gesetzes als gemeiner Werth anzusehen ist, hat das in höchster Instanz über Steuerbeschwerden entscheidende Oberverwaltungsgericht mit bindender Wirkung zu deklarieren.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Kanea:

In einem vom türkischen Kommissar zu Kanea auf der Spitze eingelaufenen Bericht befindet sich dieser bitter über die Parteikämpfe der Admirale für die Insurgenten. Die Admirale seien mit den Führern der Aufständischen in Unterhandlungen getreten, ohne die Forderung der Lage, die türkischen Beamten und die Konstantinopler zu zugehen. Die tatsächlichen Verhältnisse seien den Admiralen fremd; auch sonst eigneten sie sich keineswegs dazu, über das Wohl und Wehe des türkischen Volkes zu entscheiden. Während sie den Aufständischen, denen allerdings schon beizutreten sei, Alles nachsahen, seien sie überaus streng gegen die Moslimen, welche, an die Klüfte gedrängt, vollständig in ihre Hand gegeben seien.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Athen geschrieben wird, hat ein englischer Reisender in der letzten Zeit Thessalien besucht und dabei folgende Beobachtungen, die auch zum Theil noch auf die Zeit der Kämpfe zurückzuführen, gemacht:

Die Strecke Volo-Bessifino weist geringe Spuren von Verwüstungen auf. Reine Menschen ist der Besuch Bessifinos, wo 5000—6000 Türken einquartiert sind, gestattet. Von Weitem sieht man, wie die türkischen Soldaten mit dem Einbringen der Ernte beschäftigt sind. Am wenigsten hat Karbitza gelitten, dessen ärmerer Theil der Bewohner in der Stadt blieb, der wohlhabendere nach dem nahen Myrappa flüchtete. In Karbitza stehen 15 000 Türken, die sich wenig bar durch große Diebstahl auszeichnen. Es kommt selten zu Ausbeutezügen. Den Gastwirth ist streng verboten, Wein auszuschenken, und selbst Fremde konnten in Karbitza nur mit Mühe ein Glas Wein aufreiben. Das türkische Heer wird dauernd beschäftigt. An die Arbeitsstunden schließt sich das Exercieren und die Verichtung des Gebietes, welche mit großer Anstrengung ausgeführt wird. Im Lager Karbitza liegen 400 türkische Verwundete und ein griechischer Gefangener, mit dem derselben Aufmerksamkeit gepflegt wird, wie die Türken. Im griechischen Lager scheint nicht dieselbe Ordnung und zweckmäßige Tageseinrichtung zu herrschen. Die Unzufriedenheit der Soldaten ist auf einen bedenklich hohen Grad gestiegen. Ihr besonderer Groll richtet sich gegen die Offiziere, die befohlen werden und goldene Streifen an den Kragen erhalten, obgleich sie während dieses Krieges gar nichts Besonderes geleistet haben. Dieser Vorwurf trifft mit Recht die höheren Offiziere. Es ist erwiesen, daß während des 6. Septembers bei Grivovoli kein einziger höherer Offizier sich auf dem Kampfplatz bilden ließ. Vor Beginn des Kampfes erschien hier und da ein Major oder Oberleutnant unter den Soldaten, um für die bevorstehenden Kämpfe Popularität zu gewinnen, aber als das Feuer begann, waren sie verschwunden. Von den nach Hinderten zählenden, stets wechselnden Tagesbesuchen sind als sehr bezeichnend der an eine Kompanie des 5. Regiments gerichtete angeführt. Darin wird der Kompanie angetragen, einem bei Papalidos fast verhangenen ganzen türkischen Regiment bis auf den letzten Mann Stand zu halten. Die Kompanie sah sich der türkischen Heeremacht völlig schutzlos gegenüber, denn ihre an das Generalkommando gerichtete Bitte, ihr eine elektrische Maschine und das nötige Pulver zur Verfügung zu stellen, um zu ihrer Mündung eine Mine zu graben, wurde abgelehnt. Man könne ihr die Maschine nicht überlassen, da sie 1000 Drachmen koste. Im Allgemeinen wurde die Mannschaft von ihren Offizieren verhöhnt, Verwünschungen zu erheben. Das beste Beispiel gab jedenfalls der Kommandeur eines Regiments bei dem 25. Jüdischen Gefecht von Grivovoli, der seine 4000 Mann einfach ihrem Schicksal überließ und den Aufenthalt im Telegraphenbureau, wo er unausgesetzt von allen Seiten her Verwünschungen verlangte, dem Ansehn vorzog.“

Wiesbaden, 23. Juni. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreise Stadt Wiesbaden wurden bisher 6661 für v. Jäger (Ztr.) und 1156 für Wintermeyer (fr. Volksp.) abgegebene Stimmen gezählt.

Brunsbüttel, 23. Juni. Heute Nachmittag fand die feierliche Eröffnung des neuen Handelshafens der Brunsbütteler Land- und Seezettel-Gesellschaft in Brunsbüttel durch den Präsidenten des kaiserlichen Kanalrats, Löwe, statt. Nach der Eröffnungsrede des Präsidenten Löwe gab Direktor Walter Bichel eine Darstellung über den Zweck und die Ziele des neuen Hafens; Redner schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Kaiser. Darauf begann ein Festmahl um 56 Gedecken; bei diesem brachte namens des Aufsichtsrathes dessen Mitglied Lewandowsky auf das Kanalamt und den Präsidenten Löwe einen Trinkspruch aus, welchen letzterer mit einem Hoch auf die Gesellschaft erwiderte.

Der dem Gedeihen der Gemeinden Brunsbüttel und Edelakoffen galt die Worte des Regierungsraths Peine. Alsdann gratulirte der Gesellschaft der Landrath Jürgensen namens des Kreises Süderbithmarjens und Geheimen Ober-Regierungsrath von Jonckides im Auftrage des Staatssekretärs des Innern Staatsminister von Büttcher, der stets dem Kaiser-Wilhelm-Kanal das größte Interesse entgegenbringt, und im Namen der Berliner Gäste; Redner toastete auf festes gutes Zusammenwirken mit dem Kanalamt. Das Mahl, das einen glänzenden Verlauf nahm, war um 8 Uhr Abends beendet. Gegen 9 Uhr brachte ein Sonderzug die Festtheilnehmer aus Brunsbüttel, dessen Straßen anlässlich der heutigen Feier reichen Schmuck an Kränzen und Fahnen zeigten, nach Hamburg und Berlin zurück.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. Juni. Heute Mittag fand in der Hofburg ein Frühstück statt, an welchem außer dem König von Siam die flammenden Prinzen sowie die Hofstaaten theilnahmen. Am Nachmittag stattete der König von Siam den Mitgliedern des Kaiserhauses Besuche ab und besichtigte das naturhistorische Museum. Um 5 Uhr findet Calafati im Jeronimonienale der Hofburg und Abends Galavorstellung in der Oper statt.

Peft, 23. Juni. Der „Pester Lloyd“ erhebt schwere Anklagen gegen die bulgarische Regierung wegen deren eigentümlicher Haltung in der bekannten Affäre des Mädchenmordes in Philippopol. Diese Haltung, sagt das Blatt, sei eine solche, daß der Kriminalfall sich zu einer ernst politischen Frage auszuwaschen drohe. Ein Attentat König von Bulgarien, Ausflüchten und Vertuschungen liegen vor. Die bulgarische Regierung habe das Verlangen des österreichisch-ungarischen Vertreters nach einer Untersuchung nicht erfüllen wollen und den schweren Verdacht auf sich gewälzt, daß sie die Einzelheiten des Falles verheimlichen wolle.

Das Philippopoler Gericht habe dem österreichisch-ungarischen Konsul alle erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und sogar den konsularischen Beistand bei der Vernehmung der österreichisch-ungarischen Zeugen längere Zeit hindurch verweigert, obgleich diese in den Kapitulanten begründet ist. Bei der Autopsie der aufgefundenen Leiche wollte der bulgarische Arzt nichts von Verletzungen der Leiche wissen, die auf eine gewaltsame That schließen lassen könnten. Der Konsul habe nur mit Mühe verhindern können, daß das Protokoll gefälscht wurde. Er ließ auch die Leiche photographiren, doch wurde dem Photographen verboten, die Photographie auszuführen.

Empfindend, bemerkt ferner das Blatt, ist das weitere Faktum, daß die Lokalbehörde, obwohl sie dem Konsul, welcher dem unglücklichen Opfer ein christliches Begräbniß bereiten wollte, die Leberführung der Leiche versprochen hatte, dieselbe doch heimlich ohne weiteres an Ort und Stelle, wo sie der Fluss herausgeschwemmt, verscharrten ließ und sich nachträglich damit entschuldigte, daß die Leiche schon stark verwest gewesen sei. Der Konsul hatte selbstverständlich die Ermuthung verlangt.

Schließlich meldet das ungarische Blatt noch ein interessantes Detail: Der bulgarische Kriegsminister Oberst Ivanowitsch gab dem Mittelmeeer-Vorherrscher, als er dessen Schuld erfuhr, sechs Stunden Zeit, damit er sich eine Kugel durch den Kopf schieße. Von dieser Vergünstigung machte jedoch der feige Mörder keinen Gebrauch, und so mußte der Kriegsminister seine Verhaftung anordnen.

### Arbeiterbewegung.

Weizenfeld, 23. Juni. Heute streikten auf 15 Gruben 1500 Bergleute. Einige Werke sind geschlossen, da die notwendigen Arbeitskräfte fehlen. Die Bewegung nimmt größere Dimensionen an.

Graz, 23. Juni. In Steiermark droht ein allgemeiner Banarbeitersstreik. Bereits streikten die Arbeiter der Brauerei Reininghaus in Graz, Goeb in Marburg, Goeb bei Leoben und Farrach bei Zellweg.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Juni. Prinz Albrecht von Preußen, Generalfeldmarschall und Generalspazierer der ersten Armeeinspektion, wird in diesem Jahre im Bereiche des 2. Armeekorps Inspektionen vornehmen, dieselben dürften im August stattfinden.

Die Regierungspresident Dr. jur. Schenemann aus Köslin und v. D. von Op aus Straßburg haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

Mit dem 27. d. Mts. tritt Herr Polizeipräsident Dr. v. Zander einen sechswochenentlichen Sommerurlaub an, seine Vertretung übernimmt während dieser Zeit Herr Regierungsaffessor Vank.

Das Bureau des 6. Polizeireviers wird am 1. Juli von Pionierstraße 2 nach Friedrichstraße 24 Hof part. rechts verlegt, an dem vorgenannten Tage bleibt deshalb das Bureau für das Postamt geschlossen.

Die Abnahme der Straßenbahnstrecke Molltestraße-Endplatz und Westend-Weitenstraße für den elektrischen Betrieb hat heute Vormittag in der vorgeschriebenen Form stattgefunden, sodas der Eröffnung dieser Strecken für die nächste Zeit entgegengefallen werden kann. Zur Befestigung der Bahnanlagen waren als Vertreter der Behörden erschienen die Herren Regierungsräthe Grich, Lindeberg und Rosenkranz (der Letzgenannte von der königlichen Eisenbahndirektion Stettin), sowie Herr Polizeipräsident Dr. v. Zander, ferner als Vertreter der Berliner Elektrizitätswerke Herr Regierungsbaumeister K. Kann. In der Molltestraße standen die Motorenwagen zur Fahrbereit, dieselben durchliefen die Friedrichstraße und die Falkenwalderstraße bis zur Ederberger Mollerei und von dort zurück die Strecke nach der Weitenstraße. Die Fahrt ging überall glücklich von Station.

Für die am 28. Juni unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Moeser beginnende diesjährige Schörrgerichte

riode sind als Geschworene einberufen die Herren Kaufmann Paul Edwin Krause, Kaufmann Gustav Körbel, Fabrikbesitzer Alfred Zander, Ingenieur Adolf Florin, Apotheker Paul Jonas, Chemiker Ernst Moritz Arndt, Kaufmann Paul Körner, königlicher Hofbrunnenbaumeister Julius Priß, Stadtrath Dr. Heinrich Dohrn, Medizinalrath Johann Ebersberger, Fleischermeister Richard Vindemann, Rentier Gienow und Lehrer Hermann Jung, sämtlich aus Stettin, Kaufmann Ewald Kleist-Köpp, Gutsherr Herr. Vorkämmer-Schadeleben, Rittergutsbesitzer Oskar Tamme-Grumbow, Holzhändler Wilhelm Heyn-Greifenhagen, Rittergutsbesitzer von Köhlenhof-Köblin auf Negebow, Rittermeister a. D. Wlad Kiedebusch-Pomellen, Rittergutsbesitzer Velitz-Garben, Steinzeugmeister Fritz Dünge-Pajewski, Kaufmann Aug. Nagel-Wibom, Amtsrath Richard Lehmann-Gr. Schönbeld, Konful Karl Schiemann-Swinemünde, Schiffskapitän Christian Rabmann-Grabow, Buchhalter Ederth-Hohenstrug, Hauptmann a. D. von Schuchmann-Battinshof, Kaufmann G. F. Mühlhoff-Swinemünde, Kaufmann Philipp Kraus-Stamm und Ingenieur Paul Behrendt-Pajewski. — Zur Verhandlung sind bis jetzt folgende Strafsachen angelegt: Am Montag, den 28. Juni, gegen den Schneidergesellen Wilhelm K. v. v. hier wegen verurtheilten Mordes; am Dienstag, den 29. Juni, gegen den Former K. Hartmann aus Bredow wegen verurtheilten Mordes; am Mittwoch, den 30. Juni, gegen den Maurer Albert S. a. d. e. d. ohne festen Wohnort wegen vorläufiger Brandstiftung; am Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. Juli, gegen den Schneider Ferd. Jordan aus Hammer, den Bauhofbesitzer Wilhelm Fallbed aus Königsfelde und den Halbbauer Hermann Dreblo w. e. d. b. wegen vorläufiger Brandstiftung und Verleitung zu diesem Verbrechen; am Sonnabend, den 3. Juli, gegen den Malermeister Richard Gichel von hier wegen betrügerischen Bankruths; am Montag, den 5. und Dienstag, den 6. Juli, gegen den Fleischergesellen Heinrich Timm aus Klein-Reintendorf wegen Blutganges und Mordes.

Die Briefpostsendungen nach dem Großherzogthum Luxemburg werden von den deutschen Absendern häufig unrichtig nur nach der deutschen Posttage, statt nach den Wetsposttagen, frankirt und unterliegen dann in Luxemburg einem erhöhten, vom Adressaten zu zahlenden Nachschußporto. Es folgen daraus für die Beteiligten noch weitere Unannehmlichkeiten, als Beschwerden, Annahmeverweigerungen und dergleichen. Es wird empfohlen, auf die richtige Frankirung der Briefsendungen nach Luxemburg zu achten, welche zu bewerkeln ist für Briefe mit 20 Pf. für je 15 Gramm, für Postkarten mit 10 Pf. für je 10 Gramm, Waarenproben und Geschäftspapiere mit 5 Pf. für je 50 Gramm, jedoch mit dem Mindestporto von 10 Pf. für Waarenproben und 20 Pf. für Geschäftspapiere.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß am Sonntag in Stottbus der 26. Abgeordnete des deutschen Kriegsbundes und des Stottbus. Als Vertreter des Bezirks Pomern-Stettin nahm Herr Major a. D. und Stadtrath Gaebe daran Theil, im Ganzen waren 36 Vertreter anwesend. Nachdem der Abg. ordneten mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn eröffnet war, erfolgte zunächst der Rassenbericht, danach betrug am 1. Januar d. J. die Zahl der Versicherungen 31 137, dazu kamen 6346. Es beläuft sich das Versicherungskapital auf 1 727 900 Mark, die ausgezahlten Sterbegelder auf 59 383,16 Mark, die Prämienreserve auf 518 140,52 Mark. Das Dividendenkonto beträgt 12 984,22 Mark. Nach Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums gelangt dessen Antrag, das zu versichernde Sterbegeld von 600 auf 1000 Mark zu erhöhen, mit überwältigender Mehrheit zur Annahme. In der Hauptversammlung wurde ferner der Antrag angenommen: „Die auf dem Abgeordnetentag zu Stottbus versammelten preussischen Verbände und Bezirke des deutschen Kriegsbundes beschließen die Errichtung eines preussischen Landeskriegerbundes als Glied des deutschen Kriegsbundes.“ Sodann gelangten auch die beiden hiernit zusammenhängenden Anträge zur Annahme: 1. daß diesem Verbande der Entwurf zur Basis dienen sollte, welcher den preussischen Bezirken und Verbänden schon zugestimmt sei, 2. daß der Verband spätestens am 1. Januar 1899 ins Leben treten könne. Als Ehrenmitglied wurde Generalleutnant a. D. Frh. v. Moll (Stellvertreter Schriftführer) und Herr Einbrodt in den Prüfungsausschuß gewählt. Die Wahl für den Ort des nächsten Abgeordnetentages fällt auf Weizenfeld (Saale-Instrukt-Güterbezirk). Als Bundeseinrichtungen erklärt der Abgeordnetentag ausdrücklich: die deutsche Kriegereckentankalt zu Berlin, die Waisenhäuser, die Sterbefälle, das Jahrbuch und die Sanitätskolonnen des Bundes. Schließlich gelangt noch der Antrag zur Annahme, den Bundesbeitrag der preussischen Vereine um 2 Pf. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen, auch die nichtpreussischen Verbände zu erforschen, auf die finanziellen Vorrechte bezüglich der Beitragsleistung fortan Rücksicht zu leisten zu wollen.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung von weittragender Bedeutung fällt sodann das Oberverwaltungsgericht. Für Düsseldorf ist ein Ortsstatut erlassen worden, welches die Abfuhr aus den Dünggruben regelt. In § 5 wird vorgeschrieben, daß nur durch die von der Stadt bestimmten Personen die Räumung erfolgen darf. Der Fuhrherr Fischer wandte sich nun vor einiger Zeit an den Oberbürgermeister von Düsseldorf mit der Erklärung, daß er beabsichtige, so wie früher den Betrieb seines Aufschubergewerbes wieder aufzunehmen. Die Polizeiverwaltung erwiderte ihm darauf, daß die Polizeibehörde angewiesen seien, die Räumung von Aborten u. f. w. zu verhindern. Der Fuhrherr erklärte, er habe darauf Klage gegen die polizeiliche Verfügung. Der Bezirksanführer wies die Klage ab. Gegen diese Entscheidung legte der Kläger Verurteilung beim Oberverwaltungsgericht ein. Das Oberverwaltungsgericht wies die Verurteilung mit folgender Begründung zurück: Es liege allerdings eine angreifbare polizeiliche Verfügung vor, denn wenn die Polizeibehörde sage, sie habe ihre Organe angewiesen, zu verhindern, daß der Fuhrherr seinen Gewerbebetrieb als Abfuhrunternehmer ausübe, so erlasse die Polizeiverwaltung



Man ist auf das Ergebniß der neuen Wahl  
sehr gespannt.